

18. Januar 2006

## Europa rechnet sich!

### - Warum die EU für Spanien unverzichtbar ist -

#### 1. Hintergrund und Einleitung

Am 1. Januar 1986 trat Spanien zusammen mit seinem Nachbarn Portugal der Europäischen Gemeinschaft bei. Zehn Jahre zuvor – am 16. Februar 1967 – hatte Konrad Adenauer in einer Rede in Madrid den Beitritt Spaniens gefordert: „Unser Ziel kann ... nicht ein Europa der Sechs bleiben. Auch Spanien muss dazu kommen. Spanien muss wegen seiner geographischen Lage, wegen seiner Geschichte, seiner Tradition, seines unersetzlichen Beitrags zur europäischen Kultur, ein wesentlicher Bestandteil auch des kommenden geeinten Europas sein.“ Zieht man heute am 20. Jahrestag des Beitritts Zwischenbilanz, so gleicht die Entwicklung des Landes nicht nur in wirtschaftlicher sondern auch in politischer und sozialer Hinsicht einer einzigen Erfolgsgeschichte. Wer hätte sich in den 70er Jahren noch zu Zeiten Francos vorstellen können, dass sich Spanien nach fast 40 Jahren Diktatur innerhalb von zwei Jahrzehnten zu einem freien und demokratischen Mitgliedsstaat der Europäischen Integration entwickeln würde? Wer hätte damals gedacht, dass das Land durch einen atemberaubenden wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess innerhalb weniger Jahrzehnte so rasch Anschluss an das Einkommens- und Wohlstandsniveau der westeuropäischen Staaten finden würde und heute mit einem Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent (2005) und einem Haushaltsüberschuss sogar eine Vorbild- und Modellfunktion in Europa erhalten könnte? Wer hätte es für möglich gehalten, dass mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, José Borrell, dem Wirtschafts- und Währungskommissar, Joaquín Almunía, und dem hohen Repräsentanten der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, heute gleich drei Spitzenpositionen der Europäischen Union von Spaniern besetzt werden, und dem Land somit eine entscheidende Führungsrolle innerhalb der Gemeinschaft zukommt?

Die überaus positive Entwicklung Spaniens seit dem Ende der Franco-Diktatur ist sicher nicht allein auf den EG-Beitritt zurückzuführen. Doch die Schlüsselrolle, welche die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft bei der Stabilisierung der jungen Demokratie und dem erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholprozess gespielt hat, ist unbestritten. So sagte anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen am 20. Mai 1993 der damalige spanische Ministerpräsident Felipe González über den Beitritt Spaniens zu EU: „Die spanischen Bürger sind zum ersten

Mal ausnahmslos Nutznießer der für den Wohlstand wesentlichen Leistungen wie Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen. Unsere Gesellschaft kann heutzutage den restlichen europäischen Gesellschaften gleichgestellt werden, teilt deren Sorgen und Bemühungen und hat ähnliche Aussichten.“

Die europäischen Strukturfonds haben den spanischen Regionen, insbesondere den an der europäischen Peripherie liegenden Inseln, geholfen, moderne Infrastrukturen aufzubauen und ihr ökonomisches Potential besser auszuschöpfen. Wirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit waren das Ergebnis. Die wirtschaftliche Öffnung Spaniens und Integration in den europäischen Binnenmarkt brachte mehr Investoren und Touristen ins Land, wovon die Wirtschaft spürbar profitierte. Dank des Euros besitzt Spanien inzwischen auch eine starke, attraktive Währung und genießt eine bis dato unbekannte Währungsstabilität, die eine sichere Basis für die ökonomische Entwicklung des Landes darstellt.

Auch auf internationaler Ebene gewann Spanien durch den EU-Beitritt an Gewicht und Einfluss in einer globalisierten Welt. Durch die Ausübung der EU-Präsidentschaft vertrat das Land bereits drei Mal die gesamte europäische Gemeinschaft in den internationalen Beziehungen, wobei es auch eigene Akzente, insbesondere mit Bezug auf Lateinamerika und den Mittelmeerraum, zu setzen vermochte.

Mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten besitzt Spanien zudem verlässliche Partner, die bei der Bekämpfung von Problemen, von denen das Land stark betroffen ist, entscheidende Hilfe leisten. Insbesondere mit Blick auf den noch immer andauernden ETA-Terrorismus und die illegale Einwanderung an den Küsten Andalusiens, den kanarischen Inseln und den spanischen Exklaven in Marokko, Ceuta und Melilla, kann sich Spanien der Solidarität und Unterstützung durch seine EU-Partner sicher sein.

Als flächenmäßig zweitgrößter und mit Blick auf die Bevölkerung fünftgrößter Mitgliedstaat der EU-25 will Spanien auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der EU spielen. Seine geographische Position am südwestlichen Rand Europas geben ihm einerseits eine Brückenfunktion zu den afrikanischen Mittelmeeranrainern und nach Lateinamerika, wecken andererseits angesichts der Osterweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten aber auch Befürchtungen, in eine marginale Randlage innerhalb der EU zu geraten. Während Länder wie Deutschland und Österreich bereits jetzt kräftig von der Erweiterung des Binnenmarkts nach Osten profitieren, sind die Wirtschaftsbeziehungen Spaniens zu den Neumitgliedern noch sehr ausbaufähig. Gerade hier liegt eine Herausforderung aber auch eine große Chance für die künftige Rolle Spaniens in der EU.

## **2. Wirtschaftlicher und finanzieller Nutzen der EU-Mitgliedschaft**

Die Integration Spaniens in die Europäische Union im Jahr 1986 war ein entscheidender Faktor für die spanische Wirtschaft und die notwendigen Reform- und Modernisierungsprozesse derselben. Angestoßen wurden diese bereits vor dem eigentlichen Beitritt, dessen Vorbedingung die Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstandes an Gesetzen und Regeln – insbesondere mit Blick auf den Binnenmarkt – war. Die Einarbeitung von 60.000 Seiten europäischen Regelwerks in die nationale Gesetzgebung zog eine entscheidende Veränderung des wirtschaftlichen Lebens in Spanien nach sich, die von Reformen des rechtlichen Rahmens für die

Unternehmer über Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse bis hin zur später im Rahmen der Euro-Einführung verordneten Haushaltsdisziplin reichen.

Heute zeigt sich, dass sich die enormen Herausforderungen und Anstrengungen, welche die Integration und Anpassung der spanischen Wirtschaft in und an den Binnenmarkt mit sich brachten, nicht umsonst waren. Ganz im Gegenteil! Die spanische Wirtschaft zeigt seit Jahren ein kontinuierliches, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das über dem europäischen Durchschnitt liegt (3,4 Prozent im Jahr 2005). Das Land verfügt über einen gesunden öffentlichen Haushalt; während andere Staaten mit Haushaltsdefiziten kämpfen, verzeichnete man im Jahr 2005 sogar einen Haushaltsüberschuss. Diese positive wirtschaftliche Entwicklung hat dazu geführt, dass das spanische Pro-Kopf-Einkommen seit dem Beitritt 1986 jährlich um 1 Prozent an den europäischen Durchschnitt herangeführt werden konnte. Aufgrund dieses Aufholprozesses hat das Land die wirtschaftliche Konvergenz fast erreicht. Lag Spanien 1986 mit seinem Pro-Kopf-Einkommen noch bei 72,8 Prozent des EG-Durchschnitts, erreichte es 2004 bereits 97,6 Prozent des Niveaus der EU-25. Auch wenn ein Teil dieses Sprungs auf statistische Effekte infolge der Erweiterung zurückzuführen sind – in der EU-15 erreicht Spanien 87 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens –, ist der erfolgreiche Aufholprozess beeindruckend. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die europäischen Strukturfonds.

## **2.1. Kohäsions- und Strukturfonds**

Spanien ist derzeit das Land der Europäischen Union, das am meisten von den europäischen Kohäsions- und Strukturfonds profitiert. Der 1994 gegründete Kohäsionsfond, der den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft mittels Finanzierung von Projekten im Bereich Umwelt, Verkehr und Infrastruktur stärken soll, spielte dabei eine besondere Rolle. Er kam insbesondere den ärmsten Regionen des Landes und den „ultraperipheren“ Inseln zugute. In der Haushaltsperiode 2000-2006 erhält Spanien über 12,3 Milliarden Euro aus diesem Fonds. Weitere Milliardenbeträge kommen aus den verschiedenen Strukturfonds für Regionale Entwicklung, Sozialen Zusammenhalt, Fischerei und Agrarmarkt, von denen das Land ebenfalls stark profitiert.

Seit 1986 machen die europäischen Fonds im Durchschnitt pro Jahr 0,8 Prozent des nationalen BIP aus, zwischen 2001 und 2004 sogar mehr als 1 Prozent. Umgerechnet bedeutet dies, dass seit 1986 jeder Spanier 129,9 Euro pro Jahr aus europäischen Fonds erhalten hat. In Spanien durchgeführten Studien zufolge sind die EU-Fonds für 5 bis 6 der 15 Prozentpunkte verantwortlich, die das Land mit Blick auf das Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zum EU-Durchschnitt aufgeholt hat. Weiterhin haben die Fonds nach spanischen Angaben pro Jahr ca. 300.000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten und zeichneten für 40 Prozent des spanischen Produktivitätswachstums sowie einen Großteil der öffentlichen Investitionen verantwortlich. Einige konkrete Beispiele aus dem Bereich der Infrastruktur verdeutlichen die immense Bedeutung der europäischen Fonds. So wurden vier von zehn Autobahnkilometern in Spanien mit europäischen Geldern finanziert. Der Ausbau des Flughafens von Madrid und Barcelona, die Metro in Sevilla, die Erweiterung des Hafens von Las Palmas sind Großprojekte, die dank den Europäischen Fonds und der Unterstützung der Europäischen Investitionsbank durchgeführt werden konnten.

Trotz der Tatsache, dass Spanien durch die Osterweiterung plötzlich nicht mehr zu den ärmsten Mitgliedsstaaten zählt, wird der Zufluss von Geldern aus Brüssel nicht auf einen Schlag gestoppt bzw. nach Osteuropa umgeleitet. Um negative wirtschaftliche Folgen infolge des Schocks aufgrund des plötzlichen Verlustes des Fonds auszuschließen, wurde im Rahmen der Verhandlungen des EU-Haushaltes für den Zeitraum 2007-2013 vernünftige Lösungen gefunden, um die Hilfen langsam auslaufen zu lassen. Auch in dieser Übergangszeit wird Spanien nach bisherigen Berechnungen noch ca. 3,2 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfond erhalten. Das bedeutet einerseits zwar empfindliche Einbußen, zeugt andererseits aber von der bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufholjagd des Landes. Auch wenn die künftige Reduzierung der europäischen Fonds Gegenstand heftiger innenpolitischer Debatten ist und der spanischen Regierung eine schwache Verhandlungsführung vorgeworfen wurde, so sind sich die meisten Politiker und Experten doch darin einig, dass Spanien nun in der Lage ist, die Solidarität, die es von seinen europäischen Partnern jahrzehntelang erhalten hat, auch wieder an die Gemeinschaft, insbesondere die neuen, ärmeren Mitgliedstaaten, zurückzugeben.

## **2.2. Europäische Agrar- und Fischereipolitik**

Die Gemeinsame Agrarpolitik zielt darauf ab, eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft auf dem gesamten europäischen Territorium zu fördern. Eine moderne Landwirtschaft muss einerseits dazu in der Lage sein, die Landschaft und natürlichen Räume zu erhalten, landwirtschaftliche Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten und zugleich den Anforderungen der Konsumenten in Bezug auf Qualität und Nahrungsmittelsicherheit gerecht zu werden. Darüber hinaus müssen die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen trotz schwankender Weltmarktpreise für Agrargüter, Launen des Klimas (Unwetter, starke Regenfälle, extreme Trockenheit) und internationalem Konkurrenzdruck einen gesicherten Lebensunterhalt erwirtschaften können.

Vor diesem Hintergrund ist die Europäische Agrarpolitik nicht nur notwendig, sondern sie wurde auch für die spanische Landwirtschaft zu einer äußerst positiven Politik. Letztere hat es geschafft, sich mit Erfolg an die europäische Integration und die GAP anzupassen. Besonders die damit verbundene Liberalisierung des spanischen Agrarsektors, der zuvor stark von staatlicher Intervention und Protektion geprägt war, führte zu Produktionszuwächsen, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Einkommenssteigerungen bei den in der Landwirtschaft Beschäftigten. So hat sich das durchschnittliche Einkommen der Landwirte seit dem Beitritt zur EG verdoppelt. Die Subventionen für die Flächenstilllegung bedeuten vielerorts für die Landwirte ein notwendiges Zusatzeinkommen und werden langfristig positive Auswirkungen auf die durch intensivste Bewirtschaftung in Mitleidenschaft gezogene Umwelt haben. Zudem haben die europäischen Direkthilfen dazu beigetragen, die negativen Effekte der extremen Trockenheit in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu lindern. Was die Verteilung der Agrarfonds zwischen den Mitgliedsstaaten betrifft, liegt Spanien mit einem Anteil von 14,6 Prozent und ca. 6,5 Milliarden (2003) nach Frankreich an zweiter Stelle.

Eine ähnlich privilegierte Stellung besitzt Spanien, dank seiner langen Küsten am Mittelmeer und Atlantik, in der Fischereipolitik. Für den Zeitraum 2000 – 2006 erhält Spanien 46 Prozent des Teils der europäischen Strukturhilfen, die in die Fischerei fließen (ca. 1,7 von insgesamt 3,7 Milliarden). Auch bei den zugeordneten Fangquoten

liegt Spanien an der Spitze. Ein weiterer Vorteil besteht für die spanischen Fischer darin, dass der Großteil der Kosten beim Erwerb von Fangrechten in den Gewässern von Drittstaaten aus dem Gemeinschaftshaushalt bestritten wird.

Seit 2006 verfügt Spanien mit der neu geschaffenen EU-Fischereiaufsichtsagentur über eine EU-Behörde mit Sitz in Vigo. Aufgabe der Fischereiaufsichtsagentur ist es, die weitere Vereinheitlichung zu koordinieren, Fischereiinspektoren zu schulen und den gemeinsamen Einsatz von Inspektoren aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu organisieren.

### **2.3. Euro**

Seit dem Maastricht-Vertrag 1992, der die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Währung und einer Europäischen Zentralbank vorsah, setzte Spanien alles daran, die festgelegten Konvergenzkriterien zu erfüllen, um der Eurozone von Beginn an – auf den Namen „Euro“ einigte man sich übrigens im Dezember 1995 unter spanischer Präsidentschaft auf dem Europäischen Gipfel in Madrid – anzugehören. Indem es fristgerecht die Einhaltung der Maastrichter Kriterien schaffte, war Spanien zum ersten Mal seit langer Zeit in der Geschichte der europäischen Integration nicht auf der Strecke geblieben, wie der damalige Regierungschef José María Aznar stolz betonte.

Wie alle Mitgliedstaaten hat auch Spanien entscheidend vom Erfolg der gemeinsamen Währung profitiert. Die von den Firmen und Unternehmern einst gefürchteten Währungsturbulenzen noch zu Beginn der 90er Jahre sind Geschichte. Die gemeinsame Währung senkte Transaktionskosten wie Wechselgebühren und Versicherungen gegen Wechselkursschwankungen und förderte dadurch den innereuropäischen Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Investitionen. Trotz seiner Lage am südwestlichen Rand Europas und seiner traditionell engen Beziehungen zu Lateinamerika sind die europäischen Staaten die bei weitem wichtigsten Handelspartner Spaniens. 90 Prozent der in Spanien investierten Auslandsinvestitionen kommen aus dem EU-Gebiet! Die EU ist zudem Ziel von rund 75 Prozent der spanischen Exporte und Herkunftsort von 66 Prozent aller Importe. Angesichts dieser Zahlen lässt sich die positive Wirkung des Euros auf die spanische Wirtschaft gar nicht hoch genug einschätzen.

Profitiert haben nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Bürger, die nun grenzüberschreitend in ganz Europa Preise vergleichen und mit der selben Währung zahlen können, ohne umrechnen und Wechselgebühren in Kauf nehmen zu müssen. Entsprechend gestiegen ist damit auch die Reiselust der Spanierinnen und Spanier.

Auch von der positiven Entwicklung des Euros auf den Aktien- und Finanzmärkten profitieren Spanien, seine Unternehmer und Bürger. Endlich besitzt das Land eine starke, konkurrenzfähige Währung, die im globalen Wettbewerb ein entscheidender Standortvorteil für die Wirtschaft des Landes ist.

### ***Haushalt: Beitragszahlen und Rückflüsse aus den EU-Töpfen***

In seinem ersten Mitgliedsjahr 1986 war Spanien noch Nettozahler in der Gemeinschaft. Dies änderte sich aber in den folgenden Jahren; die Rückflüsse aus den Brüsseler Töpfen wuchsen ständig und erreichten mit 17,3 Milliarden Euro im Jahr

2003 ihren historischen Höhepunkt. Nach Abzug der spanischen Beitragszahlen im selben Jahr verzeichnete das Land eine Positivbilanz von 8,6 Milliarden Euro. Infolge des starken Wirtschaftswachstums wuchsen die spanischen Beitragszahlen ebenso und verdoppelten sich in den letzten fünf Jahren auf ca. 10 Milliarden Euro (2005).

Ende 2006 wird Spanien nach 20jähriger Mitgliedschaft in der Europäischen Union 117,6 Milliarden Euro zum EU-Budget beigetragen und 211 Milliarden Euro aus Brüssel erhalten haben. Dies bedeutet eine positive Bilanz von 93,3 Milliarden Euro zugunsten Spaniens oder – wie schon erwähnt – einen Nettotransfer von ca. 0,8 Prozent des BIP über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten. Anders ausgedrückt hat Spanien im Durchschnitt für jeden Euro, den es nach Brüssel überwiesen hat, 1,85 Euro zurückbekommen.

Angesichts der Herausforderungen und Kosten der Osterweiterung war klar, dass sich die Schere zwischen Beiträgen und Rückflüssen aus Brüssel in den nächsten Jahren für Spanien zunehmend schließen würde. Nach anfänglichen Vorschlägen der EU-Kommission und der Luxemburger Präsidentschaft hätte sich die Schere schon im Zeitraum 2007-2013 geschlossen und Spanien wäre zum Nettozahler geworden. Nach der im Dezember 2005 erreichten Einigung schließt sich die Schere jedoch etwas langsamer, so dass Spanien auch im Jahr 2013 gerade noch Nettoempfänger sein wird. Während das Land im Zeitraum 2000-2006 einen Nettosaldo von ca. 47,5 Milliarden Euro verzeichnete, wird dieser in der nächsten Haushaltsperiode auf 5,5 Milliarden Euro sinken. Man geht jedoch davon aus, dass Spanien bis 2013 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Europäischen Union längst überschritten hat und danach in der Lage ist, netto zum EU-Haushalt beizutragen, um die Länder zu fördern, die der Solidarität der europäischen Partner dringender bedürfen.

### **3. Politische Vorteile**

Mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft löste sich Spanien nach fast 50 Jahren aus der politischen Isolierung der Franco-Diktatur. Die Integration Spaniens in die europäischen Strukturen festigte den 1975 eingeschlagenen Weg in die Demokratie. Mit der Aussicht auf den Beitritt setzte eine politische Stabilisierung des Landes ein, die die Basis für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt bildete. Für Spanien bedeutete der Beitritt bereits einen immensen politischen Vorteil. Von der Rückkehr in die Gemeinschaft der geachteten europäischen Völker versprachen sich die Spanier die Anerkennung und Solidarität der europäischen Partner.

Gerade ein Staat mittlerer Größe wie Spanien, dessen eigene außenpolitisch einsetzbaren Machtressourcen politischer, ökonomischer oder auch militärischer Art begrenzt sind, kann auf starke und verlässliche Partner nicht verzichten. In einer globalisierten und transnationalisierten Welt ist ohnehin kein Staat mehr in der Lage, die Herausforderungen, die sich im außen- und sicherheitspolitischen Bereich ergeben, alleine erfolgreich zu meistern. Spätestens die verheerenden Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington haben dies deutlich vor Augen geführt. Vor diesem Hintergrund bildet die Europäische Union einen Eckpfeiler der spanischen Außen- und Sicherheitspolitik und ist auch mit Blick auf die innere Sicherheit – gerade im Bereich illegale Einwanderung und Terrorismus, von denen Spanien unmittelbar betroffen ist – unabdingbar.

## **Äußere und innere Sicherheit**

Genau wie seine europäischen und transatlantischen Partner ist auch Spanien mit Blick auf Phänomene wie organisierte Kriminalität, Terrorismus, Migration, Umweltkatastrophen etc. Bedrohungen ausgesetzt, die nur in enger Zusammenarbeit mit seinen Partnern bewältigt werden können. War das Land schon durch den jahrzehntelang andauernden ETA-Terrorismus geplagt, so stellten die islamistischen Terroranschläge vom 11. März 2004 ein Schockerlebnis dar. Seitdem sieht sich das Land sowohl der terroristischen Bedrohung durch die baskische Terrorbande als auch durch radikale Islamisten ausgesetzt. Umso wichtiger ist für Spanien die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern im Bereich der Terrorbekämpfung, welche bereits erhebliche Erfolge gezeitigt hat. Hervorzuheben ist hier die enge und erfolgreiche Abstimmung mit dem Nachbarn Frankreich im Kampf gegen ETA. Galt das französische Baskenland lange Zeit als verhältnismäßig sicherer Rückzugsort für ETA-Mitglieder, so kam es gerade in den letzten Jahren zu einer immer effektiveren Kooperation zwischen beiden Staaten, die zu zahlreichen Festnahmen von ETA-Terroristen führte. Nicht zuletzt deswegen gilt die Organisation heute als derart geschwächt, dass ihr endgültiges Ende vielen Experten nur noch eine Frage der Zeit scheint. Zwar ist ETA nach wie vor aktiv, doch seit über zwei Jahren hat es bei ihren Anschlägen keine Todesopfer mehr gegeben.

Die enge polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit innerhalb der EU, das Erstellen einer europaweiten Terrorliste – auf der sich unter anderem die ETA und ihr politischer Arm „Batasuna“ befinden – , der Daten und Informationsaustausch im Rahmen von Europol, der europäische Haftbefehl sowie viele weitere Einzelmaßnahmen der EU haben zu erheblichen Erfolgen in der Terrorbekämpfung geführt, wovon Spanien als besonders betroffenes Land wesentlich profitierte.

Ein weiteres Problem auf dem Feld der inneren Sicherheit, von dem Spanien besonders betroffen ist, ist die illegale Einwanderung. In der europäischen Öffentlichkeit fand das Thema besondere Aufmerksamkeit durch die Flut von Bootsflüchtlingen, die über die Meerenge von Gibraltar an die andalusische Küste oder auf die kanarischen Inseln gelangen, sowie durch die spektakulären Massenanstürme auf die Grenzanlagen der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Mittelmeerküste. Sowohl bei Ceuta und Melilla als auch bei den Bootsflüchtlingen kam es immer wieder zu menschlichen Tragödien und Todesopfern.

Da das Thema illegale Einwanderung mit Problemen wie Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Terrorismus – viele der in die Madrider Anschläge vom 11. März 2004 verwickelten Personen hielten sich illegal in Spanien auf – eng verknüpft ist, ist die Bekämpfung derselben für die spanische und auch europäische Sicherheit von größter Bedeutung. Denn aufgrund der offenen Grenzen im Schengenraum sind die spanischen Grenzen auch die Außengrenzen der EU. Daher beteiligt sich die europäische Union auch finanziell an den Maßnahmen Spaniens zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Das Thema genießt inzwischen auch auf europäischer Ebene höchste Priorität, so dass Spanien in seinen Bemühungen auf die Unterstützung seiner europäischen Partner zählen kann. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die Europäische Mittelmeerpolitik, der so genannte Barcelona-Prozess, den Spanien vehement befürwortet und mitinitiiert hat. Dieser soll dazu beitragen, insbesondere die nordafrikanischen Mittelmeeranrainer politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren und die Mittelmeerregion zu einem Raum des Wohlstands, des Friedens

und des Rechts zu machen. Den Themen Terrorismus, radikaler Islamismus und illegale Einwanderung wird im Rahmen der Mittelmeerpolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da Europa und Spanien diesbezüglich auf die Mithilfe und Zusammenarbeit der südlichen Mittelmeeranrainer angewiesen sind. Spanien, das als Land am südlichen Rand der EU mit den genannten Problemen besonders konfrontiert ist, profitiert in besonderem Maße von der gemeinsamen Mittelmeerpolitik der EU.

### ***Globalisierung und Außenpolitik***

Spricht man von Globalisierung, ist meist von der ökonomischen Dimension derselben die Rede, auch wenn diese nur eine von vielen Facetten ist. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte, der zunehmende Druck des internationalen Wettbewerbs, das Aufstreben neuer Wirtschaftsmächte wie China und Indien stellen Spanien und Europa dabei vor neue Herausforderungen. Ein einzelner Staat mit einem relativ kleinen, nationalen Markt besitzt im globalen Wettbewerb um Standortvorteile nur geringe Attraktivität und droht, von den internationalen Finanz-, Investitions- und Handelströmen abgekoppelt zu werden und infolgedessen wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu verlieren. Vor diesem Hintergrund kann die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes mit seinen 450 Millionen Konsumenten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Anders als andere regionale Kooperationsgemeinschaften, die sich weltweit herausbilden (NAFTA, MERCOSUR, ASEAN, APEC etc.), besitzt die EU über die ökonomische Ebene hinaus aber auch eine tragfähige politische Basis und bildet eine feste Wertegemeinschaft. Dies versetzt sie in die Lage, in der internationalen Politik und in multilateralen Foren geschlossen aufzutreten und so als „global player“ wesentlichen Einfluss auf das Geschehen in der Welt zu nehmen und internationale Verhandlungsprozesse, beispielsweise im Rahmen der Vereinten Nationen oder der Welt handelsorganisationen, in Ihrem Sinne zu gestalten. Auch der Kyoto-Prozess mag als gutes Beispiel für solche multilateralen Verhandlungen dienen. Als Einzelspieler hätte Spanien keine Chance, entscheidenden Einfluss auf die großen Themen der Internationalen Politik zu nehmen.

Dasselbe Prinzip gilt auch für die klassische Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Staat wie Spanien besitzt alleine nicht die notwendigen Ressourcen – weder aus politischer, noch ökonomischer, noch militärischer Sicht –, um seine Interessen weltweit zur Geltung zu bringen und notfalls auch durchzusetzen. Das jüngste Beispiel ist die Frage des iranischen Atomprogramms. Wenn überhaupt, dann ist nur die EU als ganzes zusammen mit ihren transatlantischen Verbündeten dazu in der Lage, entsprechenden diplomatischen Druck aufzubauen, um den Iran zur Aufgabe seines Atomprogramms zu bewegen. Darüber hinaus kann Spanien seine äußere Sicherheit nur zusammen mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der NATO garantieren. Auf diese Weise ist Spanien nicht nur gegen Angriffe von außen – so unwahrscheinlich sie auch sein mögen – auf sein eigenes Territorium geschützt sondern darüber hinaus in der Lage, seine Sicherheitsinteressen global zu verteidigen, indem es zusammen mit seinen Partnern an multilateralen Friedensmissionen wie in Afghanistan oder Bosnien teilnimmt. Gerade Spanien, das mit dem von radikalen Islamisten nach Europa getragenen Terrorismus so schmerzhaft Erfahrungen machen musste, hat an der Demokratisierung und Stabilisierung von „Terrorismus exportierenden Ländern“ ein vehementes Interesse.



Man könnte nun kritisch nachfragen, ob die außenpolitischen Interessen Spaniens im Rahmen der Europäischen Außenpolitik überhaupt genügend berücksichtigt sind. Gemeinsamer Einfluss und Stärke im Rahmen der EU sind zwar gut; aber können sie auch zu Spaniens Gunsten eingesetzt werden? Findet sich das Land in der europäischen Außenpolitik ausreichend vertreten? Betrachtet man diese Fragen, wird deutlich, dass Spanien eine durchaus privilegierte Rolle innerhalb der gemeinsamen Außenpolitik spielt. Immer wieder ist es – insbesondere während der drei EU-Ratspräsidentschaften (1. Halbjahr 1989, 2. Halbjahr 1995 und 1. Halbjahr 2002) gelungen, spanische Interessen in die europäische Außenpolitik einfließen zu lassen bzw. die EU für Projekte zu begeistern, die von spezifisch spanischem Interesse waren.

Dazu zählt der bereits erwähnte Barcelona-Prozess, der die Mittelmeerregion politisch und wirtschaftlich stabilisieren soll, was aufgrund seiner geographischen Lage wiederum im ureigenen Interesse Spaniens liegt. Der Barcelona-Prozess nahm seinen offiziellen Beginn im Dezember 1995 unter spanischer EU-Ratspräsidentschaft; sein zehnjähriges Bestehen wurde Ende 2005 mit einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Barcelona gefeiert. Eine weitere Region, die Spanien aufgrund historischer, kultureller und sprachlicher Gemeinsamkeiten eng verbunden ist, ist Lateinamerika. Spielte diese Region für die Europäische Gemeinschaft vor dem Beitritt Spaniens noch eine untergeordnete Rolle, gelang es Spanien, den Fokus der europäischen Partner zunehmend auf diese Region zu lenken. Schon im Rahmen seiner Beitrittsverhandlung hatte sich Spanien dies zusichern lassen. Auf Betreiben des Landes wurden die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika rasch intensiviert, was schließlich zur Institutionalisierung im Rahmen der Treffen der lateinamerikanischen und europäischen Staats- und Regierungschefs führte, die in zweijährigem Rhythmus abwechselnd in Europa und Lateinamerika abgehalten werden. Das zweite Treffen fand im Mai 2002 unter spanischer EU-Ratspräsidentschaft in Madrid statt.

Spanien konnte so durchaus eigene Akzente im Rahmen der EU-Außenpolitik setzen. Der Umstand, dass mit Javier Solana seit Jahren ein Spanier an der Spitze der europäischen Diplomatie steht, dürfte dem sicherlich dienlich gewesen sein.

#### **4. Zusammenfassung und Bilanz**

Während in vielen europäischen Ländern die Europaskepsis um sich greift, wie die gescheiterten Referenden über den Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden gezeigt haben, genießt der Europäische Einigungsprozess in Spanien ungebrochen hohe Zustimmung. Dies wurde durch das deutliche „Ja“ (77 Prozent) der Spanier im Referendum zur EU-Verfassung am 20. Februar 2005 noch einmal unterstrichen. Angesichts der nunmehr 20jährigen Erfolgsstory Spaniens in der Europäischen Familie ist dies kein Wunder.

Die Spanier sind sich darüber einig, dass der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1986 nicht nur die jahrzehntelange außenpolitische Isolierung beendete, sondern einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilisierung der noch jungen Demokratie geleistet hat. Zugleich bedeutete der Beitritt eine Art Initialzündung für die spanische Wirtschaft. Ohne die Solidarität der europäischen Partner, die sich – nicht nur, aber auch – in den gewährten Struktur- und Kohäsionsfonds sowie Nettozuflüssen in Milliar-

denhöhe manifestierte, wäre die furiose Aufholjagd bzw. die positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung Spaniens nicht in diesem Maße denkbar gewesen. Heute hat das Land zu den westeuropäischen Staaten aufgeschlossen und kommt allmählich in die Lage, die jahrzehntelang erfahrene Solidarität zurückgeben zu können.

Selbstverständlich gibt es in Spanien Befürchtungen, durch die Osterweiterung an Bedeutung innerhalb der Gemeinschaft zu verlieren und in eine Randlage gedrängt zu werden. Darüber hinaus wird der Geldfluss aus Brüssel zunehmend in die neuen Mitgliedsländer umgeleitet, während Spanien eine drastische Reduzierung der Europäischen Fonds bei steigenden Beitragszahlen zu verzeichnen hat. Nichtsdestotrotz befürwortete Spanien stets die Osterweiterung, um den Ländern dieselben Chancen zu eröffnen, die man auch selbst bekommen hatte.

Das bedeutet auf den ersten Blick für Spanien selbst zwar eine enorme Herausforderung, in der aber auch große Chancen liegen. Das Land wird lernen, mit weniger Unterstützung aus Brüssel zurechtzukommen. Nach Ablauf der nächsten Haushaltsperiode wird man wohl auch zu den Nettozahlern in der EU gehören. Auch wenn dies auf den ersten Blick Unbehagen auslösen mag, ist es auch ein Grund, stolz auf das bisher Erreichte zu sein; zeigt es doch, dass der einstige europäische Nachzügler den Sprung in die europäische Spitze geschafft hat und nun seiner Verantwortung für die Partner, die noch aufzuholen haben, gerecht werden kann.